

ZUM VERLAUF DER „SAMTENEN REVOLUTION“ IN DER TSCHECHOSLOWAKEI

Von Rüdiger Kipke

Die „Samtene Revolution“ jährte sich im November 1996 zum siebenten Mal. In wenigen Tagen war damals die Machtfrage entschieden worden, das alte Regime mußte dem „Druck der Straße“ weichen. Der nachfolgende Beitrag zeigt Ereignisse und Entwicklungen jener Zeit auf.

Entwicklung der politischen Opposition vor der Wende

Organisationen der politischen Opposition gab es in der Tschechoslowakei bis zum Jahre 1986 nur zwei, die Charta 77 und den Ausschuß zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter (VONS), der mit der Charta 77 personell eng verflochten war. Im Jahre 1987 gründeten dann Mitglieder der Charta die Polnisch-Tschechische Solidarität (PČS). Alle diese Organisationen wirkten fast ausschließlich in der Hauptstadt Prag. Daneben entstanden im Jahre 1987 auch die ersten Gruppierungen, die außerhalb des Umfeldes der Charta tätig wurden. Es handelte sich vor allem um die Tschechoslowakische Demokratische Initiative (ČDI), den Ausschuß zur Verteidigung der Rechte der ungarischen Minderheit in der Slowakei (VOPMM), um die Zliner Gemeinschaft der USA-Freunde (SPUSA) sowie um die Pilsener T. G. Masaryk-Gesellschaft. Außer durch die Existenz dieser – mehr oder minder locker – organisierten Opposition manifestierte sich politische Unzufriedenheit in vielfältiger Form. Zu einem bemerkenswerten öffentlichen Votum der katholischen Kirche im Lande gegen das Regime geriet die Petition für Religionsfreiheit, die zum Jahreswechsel 1987–88 von annähernd 500.000 Menschen unterschrieben worden war. Die Forderungen der Petenten wurden am 25. März 1988 von Kardinal František Tomášek bei der ersten nicht-offiziellen Massenkundgebung seit dem Jahre 1969, der sog. Kerzendemonstration in Bratislava, an der etwa 15.000 Menschen teilnahmen, unterstützt¹.

Im Jahre 1988 und mehr noch in den ersten Monaten des Jahres 1989 schossen die oppositionellen Gruppierungen wie Pilze aus dem Boden. Von Bedeutung war nicht nur ihr schneller zahlenmäßiger Anstieg, sondern auch ihre stärkere politische Profilierung und insbesondere ihr Vordringen in breitere Bevölkerungsschichten. So entstanden neben den Organisationen der ehemaligen Reformkommunisten, die sich im Club für sozialistische Umgestaltung *Obroda* (Erneuerung) sowie in der Gesellschaft für das Studium des Demokratischen Sozialismus zusammenfanden, auch solche, die der liberalen Rechten, der monarchistischen Bewegung sowie anderen politischen

¹ Vgl. Renner, Hans/Samson, Ivo: *Dejiny Československa po roku 1945* [Geschichte der Tschechoslowakei nach dem Jahre 1945]. Bratislava 1993, 187 u. 192 f.

Richtungen zuzuordnen sind. Zu erwähnen bleiben noch die Initiative für die Verteidigung sozialer Grundrechte und der Klub für Rechtsberatung, die beide politisch Verfolgten Beratungshilfe anboten. Schließlich soll der Hinweis auf die zahlreichen christlichen sowie Friedens- und Jugendgruppen nicht fehlen, die in dieser Zeit gegründet wurden. Diese unabhängigen Organisationen und Gruppierungen zählten in aller Regel nur einige Dutzend Mitglieder. Die größte und bis zum November 1989 dominierende Oppositionsgruppe war die Charta 77.

Daneben gab es offizielle Institutionen, die durch ihre Aktivitäten in die Kritik der KPTsch gerieten und faktisch in eine politische Oppositionsrolle gerückt wurden. Ein markantes Beispiel dafür ist das Schicksal der Jazz-Sektion, ein Zweig des damaligen offiziellen Musikerverbandes, zu deren Aufgaben insbesondere die Veranstaltung von Konzerten und Ausstellungen sowie die Herausgabe diverser Publikationen gehörte. Die Jazz-Sektion publizierte auch Werke von mißliebigen Autoren. Im September 1986 wurde ihre Tätigkeit eingestellt; sieben leitende Mitarbeiter wurden danach angeklagt und wegen unerlaubter unternehmerischer Tätigkeit zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt².

In der kommunistischen Partei selbst hatten sich in den achtziger Jahren Gruppierungen gebildet, die radikale Reformen forderten. Dazu gehörte eine Gruppe um Lubomír Štrougal. Als Ministerpräsident hatte er im Jahre 1983 grundlegende Wirtschaftsreformen verlangt und diese Forderung in späteren Jahren wiederholt. Štrougal kämpfte für seine Vorstellungen innerhalb der Parteistrukturen, an denen er letztlich scheiterte. Im Herbst 1988 wurde er vom Amt des Ministerpräsidenten entbunden und durch Ladislav Adamec ersetzt, der ebenfalls auf Reformen drängte. Beiden, Štrougal wie auch Adamec, ging es um die Wirtschaft, nicht dagegen um eine Demokratisierung des politischen Systems.

Am Ende der achtziger Jahre hatte die Kommunistische Partei das Informationsmonopol weitgehend verloren. Mitte 1989 wurden etwa 130 Oppositionszeitschriften gezählt. Es gab mehrere autonome Büchereditionen. Die unmittelbare Wirkung der Samizdat-Literatur blieb indessen beschränkt. Nur 1 % der Bevölkerung las diese regelmäßig und 8 % gelegentlich³. Eine viel größere Rolle spielten die Programme ausländischer Fernseh- und Rundfunkanstalten. Die Zuschauer- resp. Hörerzahlen nahmen deutlich zu. Im Juni 1989 empfangen 43 % der Bevölkerung wenigstens eine westliche Rundfunkstation. Auch die Popularität des sowjetischen Fernsehens stieg erheblich, und deutschsprachige Fernsehsender wurden in dieser Zeit von 37 % der Bevölkerung empfangen⁴.

² Vgl. Ježek, Vladimír (Hrsg.): *Kde domov můj? 72 let Československa* [Wo ist meine Heimat? 72 Jahre Tschechoslowakei]. Praha 1992, 197. – Otáhal, Milan: *Der rauhe Weg zur „samtenen Revolution“*. Vorgeschichte, Verlauf und Akteure der antitotalitären Wende in der Tschechoslowakei. Köln 1992, 76 (Veröffentlichung des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 25/1992).

³ Vgl. Krejčí, Oskar: *Proč to prasklo. Hovory o demokracii a „sametové revoluci“* [Warum es zum Bruch kam. Gespräche über Demokratie und die „samtene Revolution“]. Praha 1991, 50.

⁴ Vgl. Krejčí: *Proč to prasklo* 52f.

Der „heiße Januar“ 1989

Die erste Großkundgebung der politischen Opposition nach fast 20 Jahren fand im Sommer 1988 in Prag statt. Am 21. August, dem Jahrestag des Einmarsches der Warschauer-Pakt-Truppen in die ČSSR, demonstrierten in Prag über 10000 Menschen mit den Rufen „Dubček“ und „Masaryk“, was der Forderung nach substantiellen Reformen gleichkam. Die Charta 77 sowie andere unabhängige Gruppierungen veranstalteten im selben Jahr weitere Demonstrationen am tschechoslowakischen Nationalfeiertag, dem 28. Oktober, sowie am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember. Die Demonstrationen der Opposition vom Januar 1989, in der sog. „Palach-Woche“, kann man als ein Vorspiel zur „Samtenen Revolution“ im November desselben Jahres ansehen. Mehrere Gruppierungen hatten Anfang Januar erklärt, daß sie am 15. des Monats auf dem Prager Wenzelsplatz eine kurze Gedenkfeier für Jan Palach⁵ veranstalten wollten. Eine behördliche Erlaubnis dafür wurde beantragt, aber nicht erteilt⁶. Die Veranstaltung fand dennoch statt und wurde von der Polizei gewaltsam aufgelöst. An den folgenden Tagen kam es wiederholt zu Protestkundgebungen, die teilweise in heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei endeten⁷. Das harte Durchgreifen der Ordnungskräfte war wohl die Ursache dafür, daß die Demonstrationen auf dem Wenzelsplatz für längere Zeit aufhörten. Erwartungsgemäß sah die politische Führung in den Januar-Ereignissen nur eine Provokation, die durch westliche Diversionen im Zusammenwirken mit den Anführern der Charta 77 angezettelt worden sei. Der Schriftsteller Václav Havel, langjähriger Dissident und führender Chartist, hatte die Vorgänge freilich mit anderen Augen wahrgenommen: „Es passierte etwas, was mir nie in den Sinn gekommen wäre. Das unnötige Vorgehen der Sicherheitsorgane gegen diejenigen, die in aller Stille und ohne öffentliches Aufsehen Blumen an der Wenzels-Statue niederlegen wollten, machten aus ganz zufälligen Passanten eine protestierende Menge. Erst da wurde mir bewußt, wie tief wohl die Unzufriedenheit der Bürger sein mußte, wenn etwas Derartiges passieren konnte.“⁸

Die kommunistische Partei gerät in Bedrängnis

Die politische Führung reagierte auf den wachsenden politischen Druck der Opposition nicht nur mit dem Einsatz ihrer Polizeikräfte und mit propagandistischen Kampagnen, sondern auch mit konkreten politischen Schritten. Demonstrationen im Prager Zentrum wurden verboten. Die strafrechtlichen Sanktionen für „Vereitelung der Tätigkeit von öffentlichen Organen“ und für „Störung der öffentlichen Ordnung“ wurden erhöht. Zu einem Vergehen im strafrechtlichen Sinne zählte nun auch die nichtgenehmigte Herausgabe und Verbreitung von Druckerzeugnissen, womit ein

⁵ Der Philosophiestudent Jan Palach verbrannte sich am 15. Januar 1969 aus Protest gegen die sowjetische Okkupation des Landes. Palachs Selbstmord wurde zum Symbol des Protests gegen die militärische Besetzung und die Niederschlagung des „Prager Frühlings“.

⁶ Vgl. Vladislav, Jan/Prečan, Vilém: Horký leden 1989 v Československu [Der heiße Januar 1989 in der Tschechoslowakei]. Praha 1990, 59.

⁷ Vgl. Rok na náměstích. Československo 1989 [Das Jahr auf den Plätzen. Die Tschechoslowakei 1989]. Praha 1990, 93 ff.

⁸ Rok na náměstích 31.

Schlag gegen die Samizdat-Literatur beabsichtigt war⁹. Die Bundesregierung unter Führung von Ministerpräsident Ladislav Adamec wollte die Wirtschaftsreformen vorantreiben, um die politische Lage zu stabilisieren. Im Sommer und Herbst 1989 wurde ein ganzes Gesetzespaket verabschiedet, mit dem die angeschlagene Wirtschaft in Gang gebracht werden sollte. Die *přestavba*, die tschechoslowakische Variante der sowjetischen *perestrojka*, trat jedoch auf der Stelle. Das staatssozialistische System war nicht imstande, radikale Reformschritte einzuleiten. Außenpolitische Entwicklungen brachten die KPTsch zusätzlich in Bedrängnis. Die Veränderungsprozesse in manchem der „Bruderländer“, allen voran in der Sowjetunion, konnten die oppositionellen Kräften nur weiter stärken.

Auch in der Nationalen Front begann es zu bröckeln. Die Tschechoslowakische Sozialistische Partei brach aus ihrer vierzigjährigen Rolle als Transmissionsriemen der KPTsch aus. Ihre Parteiführung machte bereits im Frühjahr 1989 den Vorschlag, politische Grundrechte in einem Gesetz zu verankern. Einige ihrer Funktionäre knüpften überdies Kontakte zu oppositionellen Gruppierungen. In der größten nicht-kommunistischen Partei der Nationalen Front, der Tschechoslowakischen Volkspartei¹⁰, regte sich Widerspruch erst im Herbst 1989. Auf ihrem Parteitag im Oktober formierte sich unter den Delegierten eine oppositionelle Plattform, die sich gegen die alte Parteiführung stellte und schließlich erfolgreich deren Ablösung betrieb.

Die Ereignisse des 17. November 1989

Nach den Januar-Demonstrationen tat sich die Opposition schwer mit neuerlichen öffentlichen Auftritten. Bei den 1. Mai-Feiern 1989 traten die Bürgerbewegungen fast gar nicht auf. In der Opposition war man sich uneinig in der Frage, ob am 21. August und am 28. Oktober wieder Demonstrationen stattfinden sollten. Die Charta 77-Mitglieder waren in ihrer Mehrheit gegen Massenkundgebungen und wollten statt dessen den Dialog mit der politischen Führung des Landes. Die August- und Oktober-Demonstrationen fanden daraufhin nur geringe Unterstützung¹¹.

Die nächste Großveranstaltung sollte zum 50. Jahrestag der Schließung der tschechischen Hochschulen durch die Nationalsozialisten und des Todes von Jan Opletal¹² am 17. November stattfinden, unter Beteiligung des Hochschulrates des offiziellen Sozialistischen Jugendverbands (SSM). Die Demonstrationen wurden auch behörd-

⁹ Vgl. *Dvě desetiletí před listopadem 1989* [Zwei Jahrzehnte vor dem November 1989]. Praha 1993, 70.

¹⁰ Nach der Mitgliederzahl folgte auf die KPTsch mit 1,7 Millionen die Tschechoslowakische Volkspartei mit 47 000 und die Tschechoslowakische Sozialistische Partei mit 14 400 Mitgliedern (1988); die beiden kleinen slowakischen Parteien in der Nationalen Front, die Partei der Freiheit und die Partei der Slowakischen Wiedergeburt, kamen lediglich auf 1100 bis 1200 Mitglieder (vgl. *Krejčí: Proč to prasklo* 39).

¹¹ Vgl. *Deset pražských dnů. 17.–27. listopadu 1989. Dokumentace* [Zehn Tage in Prag. 17.–27. November 1989. Dokumentation]. Praha 1991, 572 f. u. 614 f. – *Otáhal: Der rauhe Weg zur „samtenen Revolution“* 24.

¹² Der Student Jan Opletal wurde von der nationalsozialistischen Besatzungsmacht bei der Studentendemonstration am 28. 10. 1939 schwer verletzt und starb am 11. 11. 1939.

lich genehmigt; politisch gab es dazu gar keine Alternative. An dieser nahmen etwa 10 000 Schüler und Studenten vor der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Karls-Universität teil. Der amtlichen Genehmigung entsprechend sollte die Kundgebung mit einem Marsch zum Prager Vyšehrad enden. Die oppositionelle Studentengruppe STUHA rief jedoch zu einem weiteren Demonstrationzug bis in die Innenstadt auf; Tausende junger Menschen folgten dem Aufruf. Dort stießen die Demonstranten auf starke Polizeikräfte, die etwa 2000 Personen umzingelten. Nach einer Stunde des Wartens wurden die Eingeschlossenen blutig niedergeknüppelt. Bei der Polizeiaktion wurden fast 600 Menschen zum Teil schwer verletzt¹³. Die Falschmeldung vom Tod eines Demonstrationsteilnehmers tags darauf verschaffte den Emotionen zusätzliche Nahrung. Es ist nicht bekannt geworden, wer für den Polizeieinsatz am 17. November unmittelbar verantwortlich gewesen ist. Dem Sitzungsprotokoll des polizeilichen Einsatzstabes ist jedoch zu entnehmen, daß der Prager Parteisekretär Miroslav Štěpán, Mitglied des Politbüros, der Operation zugestimmt hat¹⁴.

Gründung der großen Bürgerbewegungen

Das Bürgerforum

Das gewaltsame Vorgehen gegen die demonstrierenden Schüler und Studenten wirkte wie ein Funke, der einen Flächenbrand auslösen sollte. Die Nachrichten über die Vorgänge des 17. November hatten sich schnell über Prag und das ganze Land ausgebreitet. Aus der Bevölkerung kamen sichtbare Signale der Solidarität mit den Demonstrationsoffern. Am folgenden Sonntag, dem 19. November, versammelten sich ca. 50 000 Menschen auf dem Wenzelsplatz in Prag. Weitere Demonstrationen fanden in anderen Städten der Tschechoslowakei statt. An diesem Tag wurde das *Občanské fórum* (OF), das Bürgerforum¹⁵, in Prag gegründet. Die Polizei griff nicht ein, obwohl sie über die konstituierende Sitzung durchaus informiert war¹⁶.

In seiner Struktur bestand das Bürgerforum aus dem Prager Koordinationszentrum, das sich aus einem Aktionsausschuß (ca. 20–25 Mitglieder), einem Plenum (ca. 50 Mitglieder) sowie einem Krisenstab zusammensetzte. Im Laufe der Zeit wurde seine Struktur komplizierter und verlor an Transparenz. Darüber hinaus gab es – auf dem Gebiet der Tschechischen (Teil-)Republik – weitgehend autonom operierende lokale und betriebliche Bürgerforen, die mit dem Koordinationszentrum durch ein „horizontales Netz“ verbunden waren. Das Prager Zentrum sollte als Leitstelle für Organisation und Information dienen, dem aber auch das Recht vorbehalten war, das Bürgerforum als ganzes bei den Verhandlungen mit den zentralen Staats- und Partei-

¹³ Bartuška, V.: *Polojasno* [Halbklar]. Praha 1990, 84 f. u. 223 f. – *Deset pražských dnů* 17 f. u. 563.

¹⁴ Vgl. Bartuška: *Polojasno* 222.

¹⁵ Die Bezeichnung folgte entsprechenden Vorüberlegungen in der Charta 77 und lehnte sich an das Demokratische Forum in Ungarn und das Neue Forum in der DDR an.

¹⁶ Vgl. *Mladá fronta Věkend* v. 17. 11. 1990.

organen zu vertreten¹⁷. In der Führung des Bürgerforums dominierten eindeutig Mitglieder der Charta 77. Daneben konnten einige andere Einfluß gewinnen, unter denen auch Mitarbeiter des Instituts für Prognosen¹⁸ waren. Vor allem wegen ihrer Fachkompetenz in wirtschaftspolitischen Fragen wurden die Instituts-Vertreter geschätzt. Zu ihnen gehörte auch Václav Klaus, der spätere Ministerpräsident der Tschechischen Republik, der wenige Tage nach Gründung des Bürgerforums im Koordinationszentrum aktiv wurde.

Seine allgemeinen politischen Grundsätze formulierte das Bürgerforum im Programm *Co chceme* (Was wir wollen), das auf einer Plenartagung am 26. November nur kurz erörtert und anschließend angenommen wurde¹⁹. Das Programm wies auf die tiefe Krise in der Tschechoslowakei hin. Es wurde betont, daß die Probleme nicht allein durch personellen Wechsel in den Führungspositionen zu lösen seien. Gefordert wurde eine Rückbesinnung auf humanitäre Prinzipien sowie die Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben. In der Schaffung demokratischer Institutionen und eines Rechtsstaates sah das Programm einen Ansatz zur Beseitigung der Krise. Es lehnte das bisherige Wirtschaftssystem ab und sprach sich für einen „nicht-deformierten Markt“ aus, zu dessen Elementen eine Vielfalt von Eigentumsformen und die wirtschaftliche Öffnung gegenüber dem Weltmarkt gehören sollten. Man hielt an einer zentralen Rolle des Staates in der Wirtschaft fest, der makroökonomische Regulierungskompetenzen behalten und „für alle die gleichen Bedingungen zum Wirtschaften“ sicherstellen sollte. In dieser Zeit war in der oppositionellen Führung noch nicht die Rede von der Freien Marktwirtschaft. Auch das Anfang Dezember veröffentlichte Programm der Ökonomen des Instituts für Prognosen machte deutlich: „Es geht nicht um eine Rückkehr zum Markt“, sondern um „eine Verbesserung des bestehenden Marktmechanismus unter Beseitigung aller Deformationen“²⁰. Die wenigsten Veränderungen strebte das Bürgerforum in der Außenpolitik an. Es war bereit, die bisherigen Bündnisverpflichtungen des Landes zu respektieren, unter Betonung des Grundsatzes „der vollen staatlichen Souveränität“. Es wurde nicht die Neutralität der ČSSR und ihr Austritt aus dem Warschauer Pakt gefordert. Diese Haltung basierte wesentlich auf der Überzeugung, daß der Zusammenbruch des staatssozialistischen Lagers auch zur Liquidierung der bestehenden militärischen Allianzen in Europa und zur Bildung zuverlässiger Sicherheitsmechanismen auf KSZE-Ebene führen würde.

Das Bürgerforum verstand sich als eine Brücke hin zu einer demokratischen Gesellschaft. Es wollte keine politische Organisation und erst recht keine politische Partei sein, sondern vielmehr ein Mittler des mehr oder minder spontanen Willens des

¹⁷ Vgl. Deset pražských dnů 553 f.

¹⁸ Das Akademie-Institut für Prognosen war ein Wissenschaftszentrum, das direkt dem ZK KPTsch unterstand. Dort war eine Gesamtprognose der wissenschaftlich-technischen und sozialen Entwicklung der ČSSR bis zum Jahr 2001 ausgearbeitet worden (im Oktober 1988 veröffentlicht), in der teilweise radikale Vorschläge zur Lösung der Probleme in Wirtschaft und Gesellschaft gemacht wurden.

¹⁹ Der Text des Programms *Co chceme* ist abgedruckt in Deset pražských dnů 503 ff.

²⁰ Vgl. Mladá fronta v. 2. 12. 1989.

Volkes²¹. Der rasche Niedergang des alten Regimes, der so von niemandem erwartet worden war, machte das Bürgerforum sehr schnell zu einer machtpolitischen Größe.

Die Öffentlichkeit gegen Gewalt

In der slowakischen Hauptstadt Bratislava (Preßburg) verliefen die Ereignisse weniger spektakulär als in Prag. Am 19. November gründeten rund 500 Personen, vor allem Vertreter von Kultur und Wissenschaft, die Bewegung Verejnost proti násiliu (VPN), die Öffentlichkeit gegen Gewalt. War die erste große Demonstration am 21. November, an der rund 50 000 Menschen teilnahmen, noch eher ein spontaner Vorgang, so traten tags darauf VPN-Vertreter schon als Moderatoren bei der Demonstration auf. Die Öffentlichkeit gegen Gewalt wurde schnell zur zentralen Koordinationsstelle der Opposition in der Slowakei. In Prag nahm man die slowakische Bewegung zunächst nicht besonders zur Kenntnis; das Bürgerforum sah sich als Sprecher beider Nationen, als den „einzigen faktischen Repräsentanten des einheitlichen Willens“²². Vertreter beider Bürgerbewegungen trafen dann am 29. November zusammen. In einer gemeinsamen Erklärung bezeichneten sie beide Organisationen als souveräne Repräsentanten der tschechischen und slowakischen Bürgerbewegung, die auf der Grundlage der gegenseitigen Partnerschaft, die sich aus dem gemeinsamen Ziel ergibt, zusammenarbeiten. Das Ziel sollte die Umwandlung der Tschechoslowakei in einen demokratischen föderativen Staat sein²³.

Reaktionen von Partei- und Staatsführung

Am 27. November fand im ganzen Land ein zweistündiger Generalstreik statt, an dem sich etwa 3,5 Millionen Menschen beteiligt haben sollen. Das Bürgerforum hatte für den Streik geworben, bei dem es um einen politischen Akt, um ein Referendum über die Legitimität der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei gehen sollte²⁴. Die KPTsch war dagegen nicht müde geworden, vor den negativen Konsequenzen eines Ausstandes für die gesamte Bevölkerung zu warnen.

Aus der politischen Führung traten nun zwei Akteure hervor, die sich, jeder auf seine Weise, der Situation stellten: das Politbüro-Mitglied Miroslav Štěpán sowie der tschechoslowakische Ministerpräsident Ladislav Adamec. Štěpán war offenbar die ganze Tragweite der politischen Ereignisse bewußt geworden. „Jetzt geht es weder um Umgestaltung und Demokratisierung noch um die Studenten, die Jugend oder die Prager Bevölkerung. Es geht vielmehr [...] um die drohende Machtübernahme durch reaktionäre Kräfte“, war seine Formulierung²⁵. Er war durchaus zu Verhandlungen mit der Opposition bereit, lehnte aber nennenswerte politische Zugeständnisse ab. Er sprach mit dem Oberhaupt der Katholischen Kirche, Kardinal František Tomášek,

²¹ Vgl. Hanzel, Vladimír: Zrychlený tep dějin [Beschleunigter Puls der Geschichte]. Praha 1991, 388.

²² Vgl. Deset pražských dnů 394. – Rok na náměstích 85.

²³ Vgl. Lidové noviny v. 30. 11. 1989.

²⁴ Vgl. Krejčí: Proč to prasklo 75.

²⁵ Rudé právo v. 22. 11. 1989.

den er für einen gesonderten Dialog der Kirche mit der Kommunistischen Partei zu gewinnen suchte. Dabei stellte er die Lösung kirchlicher Probleme in Aussicht. Dieser Versuch der Spaltung blieb erfolglos; Tomášek lehnte das Angebot ab²⁶. Štěpán war der ideologischen Orthodoxie innerhalb der KPTsch zuzurechnen. Mehr politische Flexibilität zeigte Ministerpräsident Adamec. Am 21. November nahm er Kontakt zum Bürgerforum auf. Das Treffen blieb zwar letztlich ohne substantielle Ergebnisse, hinterließ aber bei vielen aus der Opposition den Eindruck, mit ihm einen ernsthaften Gesprächspartner gefunden zu haben²⁷. Für die Außendarstellung des Bürgerforums war die Begegnung positiv, ebenso ein Auftritt Havels als sein führender Repräsentant im tschechoslowakischen Fernsehen.

Auf der Plenarsitzung des ZK der KPTsch am 24. November kam es zu personellen Veränderungen. Generalsekretär Miloš Jakeš trat zurück, zu seinem Nachfolger wurde Karel Urbánek gewählt. Weitere Personen wurden aus ihren Ämtern abberufen, die als Exponenten der Politik der „Normalisierung“ galten²⁸. „Ein neuer Kandidat, Urbánek!“ glossierte Volkes Stimme den Personalwechsel an der KPTsch-Spitze. Die Partei hielt an ihrem bisherigen Kurs gegenüber der Opposition prinzipiell fest. Sie lehnte einerseits den Einsatz von Volksmilizen und Armee zur Niederschlagung der Oppositionsbewegung ab, andererseits wollte man aber auch keine Verhandlungen mit dem Bürgerforum und schon gar nicht die Bildung einer Koalitionsregierung zulassen²⁹. Zwei Tage später trat das ZK erneut zusammen, um weitere personelle Entscheidungen zu treffen. Seinem Präsidium räumte es das Recht ein, „unerläßliche Kaderfragen“ auch zwischen den ZK-Tagungen „operativ zu lösen“. Nunmehr zeigte sich das Gremium auch bereit, mit den im politischen Club *Obroda* organisierten „68ern“ Kontakte anzuknüpfen³⁰. Beide Seiten wollten die politische Krise auf der Grundlage von Demokratie und Sozialismus lösen³¹.

Erst auf ihrem außerordentlichen Parteitag am 20./21. Dezember 1989, auf dem Ladislav Adamec in das neugeschaffene Amt eines Parteivorsitzenden berufen wurde, war die KPTsch bereit, sich von ihrer Vergangenheit der letzten 20 Jahre offiziell zu distanzieren. Die Delegierten rehabilitierten alle, die nach 1968 aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden waren, und verabschiedeten eine „Entschuldigung“ für die begangenen Fehler der Partei. Gleichzeitig wurde erklärt, daß man die

²⁶ Vgl. Deset pražských dnů 65 u. 214f. – Weigel, G.: *The Final Revolution. The Resistance Church and the Fall of Communism*. New York-Oxford 1992, 184.

²⁷ Vgl. Deset pražských dnů 137 u. 176. – Horáček, Milan: *Jak pukaly ledy* [Wie das Eis brach]. Praha 1990, 21 ff.

²⁸ Vgl. Poslední hurá. Tajné stenografické záznamy z posledních zasedání UV KSČ v listopadu 1989 [Das letzte Hurra. Geheime stenographische Aufzeichnungen von den letzten Sitzungen des ZK KPTsch im November 1989]. Praha 1992, 144.

²⁹ Vgl. Poslední hurá 70 ff.

³⁰ Vgl. Deset pražských dnů 479f. – Otáhal, Milan/Hlušičková, Růžena: *Čas Demokratické iniciativy. Sborník dokumentů* [Die Zeit der Demokratischen Initiative. Dokumentensammlung]. Praha 1993, 209 ff.

³¹ Nach Meinungsumfragen sollen sich im November 1989 noch 50 % der Bevölkerung für den Sozialismus und weitere 47 % für einen „dritten Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausgesprochen haben (vgl. Krejčí: *Proč to prasklo* 12).

Herabwürdigung derjenigen Parteimitglieder nicht zulassen werde, die jahrzehntelang ihre politischen und beruflichen Pflichten zum besten der Gesellschaft erfüllt hätten³².

Der Machtwechsel

Beteiligung der Opposition an der Regierung

Während von seiten der Parteiführung das Bürgerforum prinzipiell ignoriert wurde, traf Ministerpräsident Adamec am 25. November ein weiteres Mal mit seinen Vertretern zusammen. Drei Tage später, nach erfolgreichem Generalstreik, kam es zu einem neuerlichen Treffen zwischen beiden Seiten. Neben aller Kontroverse um politische Positionen und Forderungen gab es auch Einvernehmen: das Bürgerforum war bereit, eine neue Regierung unter Adamec zu unterstützen. Die Vorstellung der neuen Regierung am 3. Dezember führte jedoch zu weiteren Demonstrationen. Entgegen allen vorherigen Aussagen handelte es sich weder um eine Regierung der „breiten Koalition“ noch um ein Kabinett von Experten, sondern erneut um eine kommunistische Regierung; unter ihren 20 Mitgliedern waren nur fünf ohne das Mitgliedsbuch der KPTsch. Das Bürgerforum drohte nun mit einem weiteren, für den 11. Dezember geplanten Generalstreik. Die Demonstranten, die sich tags darauf wieder in der Hauptstadt versammelten, verlangten die Demission der ganzen Regierung. Es schien, als könnte die politische Führung die Lage nicht mehr beruhigen, es sei denn durch den Rückzug von der Macht. Ende November hatte die Regierung noch einen Währungsplan verabschiedet, der 300 Millionen Dollar für Reisen ins (westliche) Ausland freigab, und die Beseitigung der Sperranlagen an der Grenze zu Österreich verfügte³³. Die neue Regierung verurteilte den Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im Jahre 1968 als Verletzung völkerrechtlicher Normen, und aus Moskau kam am 4. Dezember eine Erklärung, in der die Okkupation der Tschechoslowakei von 1968 als unrechtmäßiger Akt bezeichnet wurde³⁴.

Es kam zu neuerlichen Gesprächen am 6. Dezember, an denen sich nun auch Generalsekretär Urbánek beteiligte. Danach lehnte Adamec die Bildung einer neuen Regierung ab und begründete dies mit dem politischen Druck, der seitens des Bürgerforums auf ihn ausgeübt werde³⁵. Am selben Tag gab er in einer Fernsehrede seinen Rücktritt als Ministerpräsident bekannt. Sein Nachfolger sollte der Minister ohne Geschäftsbereich Marián Čalfa werden, dessen Nominierung vom Bürgerforum mitgetragen wurde. Die Zusammensetzung der neuen Regierung ist bei den Gesprächen des Runden Tisches am 8. Dezember ausgehandelt worden, an dem alle wichtigen politischen Lager vertreten waren. Das Bürgerforum machte sich mit Erfolg dafür stark, daß die Wahl des Ministerpräsidenten mit der des Nachfolgers für den (noch nicht zurückgetretenen) Staatspräsidenten Gustáv Husák verbunden wurde. Dabei sollte folgende nationale und politische Proporzregelung gelten: Eines der beiden

³² Vgl. Rudé právo v. 21. 12. 1989.

³³ Vgl. Mladá fronta v. 1. 12. 1989. – Lidové noviny v. 30. 11. 1994.

³⁴ Ash, Timothy G.: Rok zázraků [Das Jahr der Wunder]. Pra 1991, 96f. – Krejčí: Proč to prasklo 93 ff.

³⁵ Vgl. Hanzel: Zrychlený tep dějin 175.

Ämter war durch einen Tschechen, das andere durch einen Slowaken zu besetzen, wobei einer von ihnen Parteimitglied, der andere parteilos sein sollte³⁶. Die Gesprächsteilnehmer waren sich darüber im klaren, daß mit dem neuen Kabinett eine Interimsregierung geschaffen wurde, die die maßgeblichen politischen Kräfte im Lande widerspiegeln und die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft sicherstellen sollte. Mit neun Ministern stellte die KPTsch die meisten in der neuen Regierung. Die beiden nicht-kommunistischen tschechischen (Alt-)Parteien, die ČSL und die ČSS, erhielten eine politisch starke Position. Sie hatten zwar keine wichtigen Ressorts inne – die teilten sich die Kommunistische Partei, das Bürgerforum und die Öffentlichkeit gegen Gewalt –, ihre insgesamt vier Ministerposten bildeten aber in den kommenden Wochen „das Zünglein an der Waage“ im Kabinett Čalfa³⁷. Die neue Regierung zeigte sich populistisch; die Minister fuhrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu ihrer Ernennung, und eine der ersten Maßnahmen der neuen „Mannschaft“ war die Offenlegung der Gehälter und sonstiger Einnahmen³⁸.

Gleichzeitig mit der gesamtstaatlichen (föderalen) Regierung wurden auch die Regierungen der nationalen (Teil-) Republiken, der ČSR und der SSR, neu gebildet. Dieser Prozeß vollzog sich im tschechischen Landesteil unter der maßgeblichen Regie des Bürgerforums, in der Slowakei unter jener des Runden Tisches.

Václav Havel wird Staatspräsident

Am 10. Dezember trat Staatspräsident Gustáv Husák von seinem Amt zurück, zuvor hatte er noch eine Amnestie für alle politischen Gefangenen unterschrieben. Sein Rücktritt wurde von der Opposition durchweg begrüßt, verschärfte allerdings die schon Ende November begonnene Auseinandersetzung in ihren Reihen um einen geeigneten Nachfolger. Zwischen Vertretern des Bürgerforums und der KPTsch kam es außerdem zu einer Kontroverse in der Frage des Modus der Neuwahl. Der Klub der kommunistischen Abgeordneten in der Bundesversammlung machte den Vorschlag, den Staatspräsidenten von den Bürgerinnen und Bürgern direkt durch ein Referendum wählen zu lassen. Das Bürgerforum sprach sich für eine Wahl durch die Bundesversammlung entsprechend der gültigen Verfassung aus. In den übrigen politischen Gruppierungen, einschließlich eines Teils der KPTsch, war man für eine möglichst rasche Wahl des Präsidenten, die Vorbereitung eines Referendums hätte einige Zeit in Anspruch genommen; sie unterstützten die Position des Bürgerforums³⁹.

Der Runde Tisch, der zur Lösung des Problems am 13. Dezember zusammentraf, war mit dem Vorschlag einverstanden, einen parteilosen Kandidaten zum Präsidenten zu wählen. Im Hinblick auf die bestehende Rechtslage, die Verfassungstradition

³⁶ Vgl. H a n z e l : Zrychlený tep dějin 308 f. Junktims dieser Art wurden auch bei der Besetzung der Positionen des Innen- und des Verteidigungsministers sowie des Außen- und des Außenhandelsministers gebildet.

³⁷ Vgl. Rok na náměstích 86.

³⁸ Das Vertrauen in die Regierung, das nach dem Rücktritt von Adamec auf 16 % gesunken war, lag am 12. Dezember bei stattlichen 82 % (vgl. K r e j č í : Proč to prasklo 95).

³⁹ Vgl. Informační servis [Informationsdienst des Bürgerforums]. Nr. 27/1989. – Rudé právo v. 12. 12. 1989.

sowie aus Kostengründen lehnte man ein Referendum ab. Zudem wurde das Argument geltend gemacht, daß eine Direktwahl dazu führen würde, die Slowaken gegenüber dem zahlenmäßig größeren tschechischen Volk zu benachteiligen⁴⁰. Ein wesentliches Argument des Forums für seine ablehnende Haltung gegenüber einem Referendum kam nicht zur Sprache; bei dem geringen Bekanntheitsgrad Havels außerhalb Prags zu dieser Zeit hätte ihr Kandidat wenig Chancen gehabt⁴¹. Die Entscheidung des Runden Tisches über die Nominierung Václav Havels für das Amt des Staatspräsidenten ebenso wie die Nominierung Alexandr Dubčeks für das Amt des Präsidenten der Bundesversammlung fiel erst am 22. Dezember. Eine Reihe von Organisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sprachen sich für Havel als Präsidenten aus. Der prominente slowakische Dissident Miroslav Kušy unterstützte seine Kandidatur im Namen der Öffentlichkeit gegen Gewalt. Zustimmung kam auch von Kardinal Tomášek und schließlich von Alexandr Dubček, eine Zeitlang Havels schärfster Konkurrent um das Präsidentenamt⁴². Am 29. Dezember 1989 wurde Václav Havel als erster Präsident in der Geschichte der Tschechoslowakei per Akklamation durch die Bundesversammlung gewählt.

Neubesetzungen im Parlament

Mit der Wahl Havels zum Präsidenten hatte die Entmachtung der KPTsch zweifellos einen Höhepunkt erreicht. Zwischenzeitlich waren aber auch schon gravierende Veränderungen in der personellen Zusammensetzung der Bundesversammlung in Gang gebracht worden. Am 29. November hatte das Parlament einschneidende Verfassungsänderungen beschlossen, wobei auch die führende Rolle der Kommunistischen Partei annulliert wurde. Anfang Dezember räumten die ersten kommunistischen Abgeordneten ihren Platz im Parlament. Das Verfahren zur Wiederbesetzung der Vakanzen wurde gesetzlich festgelegt. Danach wählte die Bundesversammlung selbst die neuen – gemeinsam von den politischen Parteien der Nationalen Front sowie vom Bürgerforum und der Öffentlichkeit gegen Gewalt vorgeschlagenen – Abgeordneten⁴³. Es gehört zur Ironie der Geschichte, daß hierbei das gleiche Prinzip der Selbsterneuerung angewandt wurde wie nach 1968 bei den Säuberungen im Parlament.

Eine grundlegende Umbesetzung des tschechoslowakischen Parlaments konnte jedoch erst durch eine weitere gesetzliche Änderung im Januar 1990 durchgeführt werden, die den einzelnen Parteien das Recht einräumte, „ihre“ Abgeordneten abzuwählen. Die KPTsch verpflichtete sich in der Sitzung des Runden Tisches am 12. Januar 1990 dazu, 90 bis 100 Abgeordnete abzuwählen, und die Tschechoslowa-

⁴⁰ Vgl. Informační servis, Nr. 28/1989. – Svobodné slovo v. 15. 12. 1989.

⁴¹ Die Unterstützung der Bevölkerung für Havel als Präsidentschaftskandidaten war Anfang Dezember landesweit mit etwa 10 % gering; 25 % der Befragten sprachen sich für Adamec, 19 % für Dubček und 15 % für den KPTsch-Generalsekretär Urbánek aus (vgl. Rudé právo v. 2. 12. 1989).

⁴² Vgl. Rok na náměstích 86f.

⁴³ Zum ganzen vgl. Cigánek, František u. a.: Kronika demokratického parlamentu 1989–1992 [Chronik des demokratischen Parlaments 1989–1992]. Praha 1992, 29ff.

kische Volkspartei sagte zu, daß drei bis vier ihrer Abgeordneten zurücktreten würden. In einer weiteren Runde des personellen Umbaus wurden noch einmal 105 Abgeordnetenplätze neu besetzt. Bis auf wenige Ausnahmen waren die neuen Mandatsträger Anhänger des Bürgerforums oder der Öffentlichkeit gegen Gewalt⁴⁴. Unter den 350 Mitgliedern der Bundesversammlung (in zwei Kammern) war nun eine klare Mehrheit vorhanden, die den Übergang in ein anderes politisches System parlamentarisch vollziehen wollte. Personelle Veränderungen im Tschechischen Nationalrat und im Slowakischen Nationalrat fanden gleichzeitig statt, wenn auch in geringerem Umfang.

⁴⁴ Vgl. C i g á n e k : Kronika demokratického parlamentu 49.